Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 19 (1939-1940)
Heft: 4

Artikel: Die neue Bürokratie in Deutschland
Autor: Reele, Jeanne
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-333820

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

hier gegebene Chronologie des letzten Vierteljahrhunderts europäischer Geschichte in einem weiteren Artikel weiterzuführen und abzuschließen. Es scheint uns nicht unnütz, diese Epoche immer wieder kritisch zu durchleuchten. Die Alten, die den Weltkrieg erlebt haben, sind vergeßlich geworden. Die Jungen aber wissen zuwenig über ihn und zuwenig auch von seinen Folgen.

Die neue Bürokratie in Deutschland

Von Jeanne Reele.

Die amtlichen deutschen Statistiken werden von Jahr zu Jahr lückenhafter. Besonders lückenhaft sind sie in bezug auf einen Überblick über die Staatsbürokratie, der neben finanziellen Gesichtspunkten auch deshalb sehr interessant wäre, weil die Nazisten bis zum Jahr 1933 nicht genug tun konnten in der Anprangerung eines ihrer Meinung nach viel zu großen Bürokraten- und Bonzenapparates.

Nur einmal, im 2.-April-Heft 1939 der Zeitschrift «Wirtschaft und Statistik», ist eine Angabe zu finden: Seit dem Krisenjahr 1932 sei die Zahl der in der gesamten Volkswirtschaft des Altreichs beschäftigten Angestellten um 47 Prozent gestiegen. Hier ist aber die Zahl der Beamten nicht mit einbezogen, der Überblick also auch nur sehr lückenhaft. Von dem Angestelltenzuwachs, so heißt es weiter, entfielen 5 Prozent auf die Industrie. Das ist angesichts der starken Erweiterung des Produktionsapparates nicht viel. Da im Handel eher ein Rückgang als ein Anstieg der Beschäftigtenzahlen zu verzeichnen war, kann man also schließen, daß der *Hauptanteil* der Angestelltenvermehrung auf den *Verwaltungsapparat,* also auf die Bürokratie, entfällt. Nach einer im 1.-März-Heft 1939 von «Wirtschaft und Statistik» enthaltenen Aufstellung ist die Zahl der Beamten und Angestellten in den Gemeinden sowie in den Provinzial- und Kreisverbänden von 1933 bis Ende 1937 um gut 50 Prozent gestiegen. In dieser Statistik sind aber die *Staats*beamten und -angestellten nicht mit enthalten.

Charakteristisch ist, daß das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich, das alljährlich neu erscheint, in den Jahren 1933 und 1934 noch angibt, wie hoch die Ausgaben des Reichs, der Länder und der Gemeinden für Beamten- und Angestelltengehälter, Vergütungen und Versorgungsgebühren waren. Aber im Jahrbuch für 1933 ist erst das Jahr 1929/30 erfaßt und im Jahrbuch 1934 die Jahre 1930/31 und 1931/32. In allen folgenden Jahren sind nur noch die Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände veröffentlicht. Wo die Personalausgaben am meisten gestiegen sind, *beim Reich* selbst, *fehlen* die Angaben. Die Annahme, daß die Ausgaben des Reichs besonders stark gewachsen sind, beruht nicht nur auf Inrechnungstellung der allgemeinen Zunahmetendenz, sondern auch darauf, daß beim Reich viele ganz neue Einrichtungen geschaffen wurden, wie zum Beispiel das Reichspropagandaministerium, und daß unter dem Naziregime eine stärkere Zentralisierung von den einzelnen Ländern weg zum Reich stattgefunden hat.

Aber es fehlen auch andere wichtige Angaben. Nirgends werden Zahlen veröffentlicht über die Zahl der *NSDAP*-Angestellten, der bezahlten Funktionäre in SA und SS, des Gesamtstabes der Deutschen Arbeitsfront u. a. m. Hier kommen ungeheure Zahlen zusammen, ist doch zum Beispiel allein der NSDAP-Apparat parallel dem Reichsverwaltungsapparat aufgebaut, und hat jede Hauptabteilung unzählige Unterabteilungen sowohl in der Zentrale wie regional über ganz Deutschland verteilt. Einmal, in seiner Nummer vom 21. September 1938, hat der «Angriff», die Goebbels-Zeitung in Berlin, mitgeteilt, daß allein im *Zentralbüro* der Deutschen Arbeitsfront mehr als 1700 Sekretäre und männliche Hilfskräfte beschäftigt seien. Die vielen weiblichen Hilfskräfte dort hat man auch in diesem Fall lieber nicht auch noch mitgezählt! Alle diese im engeren und weiteren Sinne NSDAP-Funktionäre sind natürlich der neuen Bürokratie zuzurechnen. Zum Überfluß sind die oberen Parteifunktionäre sogar gesetzlich den Staatsbeamten gleichgestellt worden und haben häufig größere öffentliche Befugnisse als jene.

In welchem Maße staatliche oder kommunale Beamte und Angestellte zugleich NSDAP-Posten haben, kann der neugierige Unbefugte auch schwer feststellen. Die «Frankfurter Zeitung» vom 16. August 1936 teilte einmal mit, daß unter den Mitgliedern des der DAF angeschlossenen Reichsbundes der Deutschen Beamten 70 000 Personen seien, die zugleich politisch leitende Funktionen in der NSDAP ausübten.

Auch die wenigen, hier angeführten Zahlen und Ausführungen bestätigen auf jeden Fall die Annahme, daß der Bürokratismus unter dem Hitlerregime nicht geringer geworden, sondern im Gegenteil ganz enorm in Blüte geschossen ist.

Hinsichtlich der *Gehälter und sonstigen Bezüge* des neuen Bürokratenapparates kann man mit den öffentlichen statistischen Angaben noch weniger anfangen als mit den Personenangaben. Nach dem Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches liegen auch die obersten Monatsgrundgehälter weit unter der 1000-Mark-Grenze, die in der Goebbelspropaganda schon öfter als Einkommensgrenze genannt worden ist. Ein verheirateter Ministerialdirektor mit einem zuschlagspflichtigen Kind hat nach der Statistik zum Beispiel nicht mehr als 600 bis 700 Mark monatlich, ein Oberregierungsrat 400 bis 450 Mark. Das Grundgehalt der unteren Beamten beträgt 160 Mark monatlich und noch weniger.

In der Praxis aber kommen zu diesen Grundgehältern unbekannte, zum großen Teil unkontrollierbare Extrazuschüsse. Und zu den formell angegebenen Hauptberufen kommen in ganz anderem Umfang als früher Nebenberufe und Nebenbezüge; die aber übersteigen das Hauptberufsgehalt häufig um ein Vielfaches. Der größte Teil der etwa 700 Reichstagsmitglieder sind Nazibonzen. Sie alle beziehen neben ihren sonstigen Einkunftsquellen monatlich 700 Mark Diäten für eine *rein demonstrative Reichstags-«Tätigkeit»*. Das macht im Jahr die hübsche Summe von 8400 Mark! Die Mitglieder des Preußischen Staatsrates bekommen sogar 1000 Mark Diäten pro Monat.

Die *elf Reichsstatthalter*, die seit 1933 neben den eigentlichen

Landesregierungen amtieren, erhalten jeder ein Jahresgehalt von 33 000 Mark. Sie sind zugleich auch Reichstagsmitglieder. Ferner haben sie Posten in der NSDAP, in der SA oder SS, u. a. m. Der Reichsstatthalter von Bayern zum Beispiel, Ritter *von Epp*, ist außerdem noch Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft, Mitglied des Aufsichtsrates der Deutschen Lufthansa AG u. a. *Robert Ley*, am meisten bekannt als Leiter der Deutschen Arbeitsfront, ist zugleich Leiter des Reichsorganisationsamtes der NSDAP, Mitglied des Reichstags und des Generalrates der Wirtschaft. Die beiden zuerst genannten Posten sollten eigentlich jeder eine volle Arbeitskraft in Anspruch nehmen! Aber die Arbeit wird faktisch von anderen ausgeführt. Ley bezieht nur die entsprechenden Gehälter und reist im übrigen fast immer im Lande herum, was ihm selbstverständlich reichlich Extrafahrtspesen einbringt.

Unter dem neuen Bürokratenstab nicht zu vergessen sind die «*Treuhänder der Arbeit*», die über das Reich verteilt und sowohl mit der DAF wie fast durchweg auch mit dem NSDAP-Apparat direkt eng verbunden sind. Sie haben nicht nur die Funktionen der früheren Arbeitsstreitigkeit-Schlichter übernommen, sondern arbeiten selbst die Tarife für die einzelnen Betriebe aus und überwachen deren Durchführung. Sie regeln und überwachen die Löhne, die Arbeitszeit in den Betrieben und sollen jetzt nach der Kriegsverordnung vom 4. September 1939 auch noch die hier dekretierten Lohneinsparungen bei der Preiskalkulation überwachen und Verstöße gegen die Verordnung zur Anzeige bringen. Das heißt, daß jeder Treuhänder einen Bürokratenstab von mehreren hundert Personen um sich haben muß, wenn er den ihm auferlegten Aufgaben auch nur halbwegs gerecht werden soll. Aber auch die Treuhänder der Arbeit haben noch alle möglichen Nebenberufe und Nebeneinnahmen. Der Treuhänder von Hessen zum Beispiel, Dr. *Luer*, ist zugleich Vorsitzender der Industrie- und Handelskammer Rhein-Main, Mitglied des Präsidialrates des Deutschen Industrie- und Handelstages, Mitglied des Reichstags, Aufsichtsratsmitglied in den Buderus-Eisenwerken, Wetzlar, Vorstandsmitglied der Dresdener Bank in Berlin u. a. m.

Dafür, wie wenig die in der Statistik angegebenen Grundgehaltssummen mit dem wirklichen Einkommen eines Staatsbeamten übereinstimmen, sei noch das Beispiel des Staatssekretärs im Reichsfinanzministerium, *Fritz Reinhart*, angeführt. Reinhart ist laut «Deutschem Führerlexikon» zwar erst seit November 1933 Mitglied der NSDAP, aber heute ein typischer Vertreter der neuen Bürokratie. Neben seinem Hauptberuf im Reichsfinanzministerium hat er noch folgende Posten: Präsident der Industrie- und Handelskammer Berlin, Leiter der Bezirksausgleichsstelle für öffentliche Aufträge, Abteilung Berlin, Mitglied der Akademie für deutsches Recht, Mitglied des Reichstags, Mitglied des Generalrates der Wirtschaft, SA-Gruppenführer, Mitglied der Verwaltung der Deutschen Reichsbahn, Aufsichtsrats*vorsitzender* der Kommerz- und Privatbank, der Deutschen Hypothekenbank, der Hüttenwerke Keyser, Berlin, der Ilse-Bergbau-AG, der Braunkohlenwerke Zipsendorf bei Zeitz, des Österreichischen Tabakmonopols, das jetzt

den Namen Austria-Tabakwerke führt. Er ist Aufsichtsrats*mitglied* der Golddiskontbank, der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten, der Deutschen Eisenbahn-Betriebsgesellschaft, der Akzeptbank, der Buderus-Eisenwerke, der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik, Berlin, der AEG, der Elektrischen Licht- und Kraft-AG, Berlin, der Braunkohlenwerke Eintracht, der Allianz und Stuttgarter Verein AG, der Schulheiß-Brauerei, der Schering Kahlbaum AG. Und es ist anzunehmen, daß uns trotz dieser langen Aufzählung noch einige Posten entgangen sind, für die dieser eine Staatsbeamte nebenbei Diäten, Tantiemen, Dividenden erhält.

Ein besonderes Kapitel bilden die *Stadtverwaltungen.* Obwohl die Meinungsäußerung im heutigen Deutschland unterdrückt ist, sind noch nie so viele Korruptionserscheinungen, ist noch nie so viel über Vetternwirtschaft in den Stadtverwaltungen zumindest örtlich durchgesickert und Gegenstand von Flüstergesprächen gewesen wie seit 1933. Viele der NSDAP-Bürgermeister und Stadtverordneten sind nicht nur Aufsichtsratsmitglieder in öffentlichen Unternehmungen, sondern auch in der Privatindustrie und mit deren Interessen eng verknüpft worden.

Umgekehrt ist aber auch, wie das Beispiel des Staatssekretärs Reinhart zeigt, der aus der Braunkohlenindustrie kommt, eine große Anzahl früherer Großindustrieller mit in den nazistischen Verwaltungsapparat einbezogen worden. Die Thyssen, Vögler, Krupp von der Schwerindustrie, Geheimrat v. Stauß von der Deutschen Bank und andere bilden das Hauptkontingent des Generalrates der Wirtschaft, sie sitzen neben den nationalsozialistischen Führern im Reichstag oder in den Staatsräten der Länder. Generaldirektor *Vögler* von den Vereinigten Stahlwerken ist der von Hitler ernannte Leiter der Reichsindustriegruppe Steine und Erde. Sein Bruder Eugen ist Leiter der Reichsgruppe Bauindustrie. Der Vorsitzende der Hamburger Großwerft *Blohm* & Voß ist Leiter der Industriegruppe Stahl- und Eisenbau sowie der Luftfahrt- und Elektroindustrie. Der Textilmagnat *Dierig,* Langenbielau, war lange Zeit der Leiter der Reichsgruppen Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie usw. Es ist eine teilweise Verschmelzung von alten Großkapitalistenschichten und Emporkömmlingen aus der nationalsozialistischen Bewegung zu verzeichnen, die begünstigt wird dadurch, daß beide Teile deutsche imperialistische Ziele verfolgen. Außerdem haben sie sich gefunden in dem gemeinsamen Bestreben, auf Kosten der breiten Volksmassen Privilegien für sich selbst zu sichern.

Wenn es auch nicht möglich ist, exakte statistische Unterlagen zusammenzutragen, so zeigt unsere Auswahl-Zusammenstellung doch genügend klar, daß unter dem Nationalsozialismus eine Vervielfachung des Bürokratentums in Deutschland eingetreten ist. Selbst *wenn* bei einem Teil der leitenden Männer der Wille *bestünde,* den Bürokratismus zu verringern, wäre das nicht durchführbar. Denn Bürokratismus und Diktatur sind aufs engste miteinander verwachsen. Was in einem wirklich demokratisch geleiteten Staatsgefüge sich durch die Mitbestimmung und Mitverantwortung sowie den Einblick vieler teilweise sozusagen automatisch überblicken und durchführen läßt, muß in einem

autokratisch geleiteten Staat genau reglementiert werden. Jede Reglementierung aber erfordert besondere Kontrollorgane, ein Apparat zieht den anderen nach sich. Ein typisches Beispiel hierfür ist die geschilderte Verbürokratisierung des Treuhänderapparates zu einer Zeit, in der immer größere Massen zum Krieg mobilisiert werden und der Leiter des Vierjahresplans, *Göring*, eben aus diesem Grunde eine generelle Vereinfachung des Verwaltungsapparates angeordnet hat.

Bürgertum und Klassenkampf

Von * * *

Unser schweizerisches Bürgertum gefällt sich seit einiger Zeit in Mahnungen und Ratschlägen an die sozialdemokratische Arbeiterschaft. Man stellt es so hin, als ob die Sozialdemokratie infolge der weltpolitischen Ereignisse einen völligen Zusammenbruch ihrer ganzen bisherigen Anschauungsweise erlitten habe und nunmehr reuig zu den Anschauungen unseres Bürgertums zurückkehren müsse. Die angebliche »Ausweglosigkeit des Marxismus« und das »Zerbrechen des historischen Materialismus« hätten eine »geistige Krise des Arbeiters« hervorgerufen, und man müsse ihm durch »geeignete Kundgebungen«, durch die »Anerkennung der Arbeiterehre und Arbeiterwürde« beweisen, daß man ihm helfen wolle bei der »Überwindung seines Ressentiments«; ein »gutes, verständiges Wort« wirke hier oft viel. So konnte man in einem Leitartikel der »Neuen Zürcher Zeitung« vom 3. August dieses Jahres lesen.

Solche Gönner- und Gouvernantentöne passen schlecht zu den sehr materialistischen und egoistischen Taten dieser selben Kreise, die eben erst der sozialdemokratischen Arbeiterschaft die Tür des Bundeshauses in Bern vor der Nase zugeschlagen haben. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft hält es deshalb nach wie vor mit dem Dichterwort:

»Nicht betteln, nicht bitten, nur mutig gestritten!
Nie kämpft es sich schlecht für Freiheit und Recht!«

Wenn die sozialdemokratische Arbeiterschaft für die Erhaltung der demokratischen Zustände unseres Landes eintritt, so verzichtet sie damit doch nicht auf ihre Fortbildung im Sinne sozialer Gerechtigkeit, von der höheren Erkenntnis aus, daß auch das Bestehende nicht das letzte Wort der geschichtlichen Entwicklung darstellt. Sie weiß aus der Geschichte, daß das heute Bestehende nicht immer bestanden hat, daß es einst geworden ist, und zwar geworden ist im Kampfe mit dem, was vorher war, daß die Wirtschafts-, Gesellschafts- und Staatseinrichtungen der bürgerlich-kapitalistischen Epoche das Resultat eines erbittert geführten Klassenkampfes darstellen, den das Bürgertum einst gegen Königtum, Adel, Geistlichkeit und das ganze mittelalterliche Feudalsystem, das den arbeitenden Menschen an die Scholle band, geführt hat.

Und die sozialdemokratische Arbeiterschaft weiß dank des an-